Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 3.60 Mark, vierteljährlich 9.00 Mark, durch die Post 7.50 Mark ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im am. ich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1142 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 30 Pf. und Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 90 Pf. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 5a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Nr. 85. | Halle, Freitag, den 20. Februar 1920. | Einzelpreis 10 Pfg.

Die Herabminderung der Heeresstärke.

Die Verhandlungen über Deutschlands Heeresstärke.

Die rechtlichen und politischen Erwägungen der deutschen Regierung. — Deutschland als Wall gegen die Ueberflutung des Westens durch den Bolschewismus.

Berlin, 19. Febr. (Eigene Drahtnachricht.) Von einer Persönlichkeit, die an den Verhandlungen mit der Entente wegen der Terminverschiebung der Verminderung der deutschen Heeresstärke teilnahm, wird der „Nationalzeitung" über deren Verlauf folgendes mitgeteilt: Bei den Verhandlungen wurden von seiten Deutschlands zwei Momente ins Treffen geführt: Der rechtliche und der politische Standpunkt. Der rechtliche Standpunkt der deutschen Regierung ging dahin, daß die Note der Alliierten, die die Verminderung des deutschen Heeres auf 100 000 Mann für den 31. März 1920 festsetzt, im Gegensatz steht zum Versailler Vertrag, welcher bestimmt, daß drei Monate nach Inkrafttreten des Friedensvertrages die Stärke des deutschen Heeres 200 000 Mann und nach weiteren drei Monaten 100 000 Mann zu betragen habe. Selbstverständlich stützt sich die deutsche Regierung auf diese Bestimmung, und die in der Note Lloyd Georges vorgesehene Terminverschiebung deckt sich schließlich mit dem Friedensvertrag, der am 10. Jan. in Kraft trat.

Einen bedeutend breiteren Raum in den Verhandlungen nahmen die politischen Erwägungen ein. Die deutsche Regierung wies darauf hin, daß durch den heutigen schlechten Stand der deutschen Valuta es nicht möglich sei, jene Mengen Waren und Lebensmittel nach Deutschland zu bringen, die für die Lebensbedingungen des deutschen Volkes erforderlich wären und daß deshalb jederzeit mit dem Ausbruch innerer Unruhen und damit mit einem Ueberhandnehmen des Bolschewismus in Deutschland gerechnet werden müsse. Die deutsche Regierung wies ferner darauf hin, daß [illegible] russischen Randstaaten und Polens [illegible] die Roten Armeen immerhin im Bereiche der Möglichkeit liege und daß bei der starken kommunistischen Bewegung in Deutschland eine 100 000 Mann starke Armee absolut unzureichend sei, um einerseits die deutsche Ostgrenze zu schützen und andererseits die innere Ordnung im Reiche aufrecht zu erhalten. Diese kleine Armee müßte schließlich unterliegen. Die deutsche Regierung ließ darum die interalliierte Kontrollkommission erwägen, welche Gefahren eine Vereinigung der Bolschewisten Rußlands und Deutschlands für das westliche Europa, besonders aber für Frankreich bedeutenden würde, deren Machtsystem in diesem Falle unausbleiblich zusammenbrechen müsse. Aus dieser Beweisführung ergebe sich, daß Deutschland der alleinige Wall gegen die Ueberflutung Europas durch den Bolschewismus sei und daß die Entente selbst das größte Interesse für ein in geordneten Verhältnissen lebendes Deutschland haben müsse, was aber nur mit Unterstützung einer entsprechend starken Armee möglich sei. Der Vorsitzende der Kontrollkommission in Berlin, der englische Oberst Malcolm, sah die Stichhaltigkeit dieser Erwägungen ein und versprach, sie dem Obersten Rat vorzutragen. Die Verhandlungen mit der Entente dauerten ein halbes Jahr und werden zum größten Teile von Reichswehrminister Noske persönlich geführt, der in der letzten Zeit besonders auch dahinzielende Besprechungen mit den Ententevertretern hatte. Die Anerkennung des deutschen Standpunktes durch den Obersten Rat ist auch darauf zurückzuführen, daß sich die Entente davon überzeugt hat, daß Deutschland gewillt ist, die Friedensbedingungen loyal zu erfüllen. Tatsächlich hat sich das [illegible] Entente gegenüber wenigst[illegible] bewährt.

Die Botschaft des neuen französischen Präsidenten.

WTB. Paris, 19. Februar. (Drahtnachricht.) In seiner Botschaft, die heute in der Kammer und im Senat verlesen wurde, sagt Präsident Deschanel u. a.: In der Vereinigung aller siegreichen Völker liegt die erste Voraussetzung für den Frieden und die Grundlage für die Gesellschaft der Nationen, der der Vertrag von Versailles die Ausführung gewisser grundlegender Bedingungen anvertraut hat. Frankreich wolle Erfüllung des Versailler Vertrages durch Deutschland. Seine Politik sei Willenskraft, Tatkraft und Glaube. Auch im Orient müßten seine Interessen, Rechte und hundertjährigen Traditionen sichergestellt werden. Die Friedensaufgaben seien im Innern nicht weniger schwierig als diejenigen des Krieges. Sie verlangten fortgesetzte Arbeit. Jeder müsse nach seinen Kräften Steuern zahlen. Die wirtschaftlichen Aufgaben (Getreide, Kohlen, Transportmittel, Wechselkurs) erforderten ebenfalls zuerst eine Klarlegung, dann aber regelmäßiges Verfolgen der Zusammenfassung aller Kräfte. Die soziale Gesetzgebung sei zu vervollkommnen, die Familie, die Grundlage des Staates, zu verteidigen und der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit zu versöhnen, endlich den Arbeitern in Stadt und Land der Weg zu eigenem Besitz zu eröffnen. Der Bevölkerung des besetzt gewesenen Gebietes habe die wärmste Fürsorge zu gelten. Der Präsident begrüßte Elsaß-Lothringen und redachte der Kolonien, der Adoptivkinder Frankreichs.

Unrichtige Meldung.

WTB. Berlin, 19. Febr. (Drahtnachricht.) Die Meldung, daß die deutsche Regierung beabsichtigt, für das Entgegenkommen der Alliierten in der Ausliefernngsfrage auf die ihr im Friedensvertrage zugesicherte Vergünstigung zu verzichten, wonach ihr die Mengen der an Frankreich zu liefernden Kohlen drei Monate vorher mitzuteilen sind, ist unrichtig.

Hollands Beitritt zum Völkerbund.

Annahme in der Kammer mit 59 gegen 5 Stimmen.

WTB. Haag, 19. Febr. (Drahtnachricht.) Nach einer ausführlichen Besürwortung durch den Minister des Aeußern v. Karnebeek hat die Zweite Kammer mit 59 gegen 5 Stimmen den Gesetzentwurf betreffend den Zutritt Hollands zum Völkerbund angenommen. Der Minister des Aeußern erklärte u. a., daß die Zulassung der Mittelmächte nur eine Frage der Zeit sei und daß der Zutritt ganz im Sinne des Völkerbundes liege. Er erklärte auch, daß der Völkerbund bestehen könne, selbst ohne Amerika.

Verhaftung von Deutschen im besetzten Gebiet.

WTB. Mannheim, 19. Februar. (Drahtnachricht.) Die Holzzentrale meldet: Trotzdem die französische Regierung in der Auslieferungsfrage sich damit einverstanden erklärt hat, die Aburteilung der sog. Kriegsverbrecher vor dem Reichsgericht in Leipzig vorzunehmen, wurde am 17. Februar der Ingenieur des Badischen Anilin- und Sodafabrik v. Kukoff wegen angeblicher Kriegsverbrechen von französischen Gendarmen verhaftet. Er wird jedenfalls ebenso wie der Schutzmann Burger aus Lobersheim, der am 1. Februar aus demselben Grunde von den Franzosen verhaftet wurde, nach Lille abtransportiert werden. Aus dem gleichen Grunde sind bisher schon 5 andere verhaftet worden. Damit ist jeder frühere Angehörige der deutschen Armee im besetzten Gebiet trotz des eingetretenen Friedenszustandes dauernd in Gefahr, wegen sogenannter Kriegsverbrechen vor ein französisches Gericht gestellt zu werden.

Das deutsch-holländische Abkommen noch nicht perfekt.

Berlin, 19. Febr. (Eigene Drahtnachricht.) Wie wir von wohlinformierter Seite hören, kann das deutsch-holländische Abkommen noch nicht als abgeschlossen gelten, da es bisher von den beiderseitigen Unterhändlern nur paragraphiert worden ist. Das Inkrafttreten des Abkommens hängt noch von der Zustimmung der holländischen Kammer ab, in der sowohl von seiten des Parlaments als auch von seiten der Regierung bereits Abänderungsvorschläge vorgelegt worden sind.

Die Schutzwachen auf pommerschen Gütern.

Berlin, 19. Febr. (Eigene Drahtnachricht.) Von linksstehenden Zeitungen sind in den letzten Tagen Nachrichten verbreitet worden über Schutzwachen auf pommerschen Gütern, die sich aus Baltikumkämpfern rekrutieren sollen, die, schwer bewaffnet, eine Gefahr für die übrige Bevölkerung bedeuten. Linksstehende Zeitungen sind in den letzten Tagen Nachforschungen ergeben, daß diese Nachrichten stark übertrieben sind. Es konnten nur Einzelfälle festgestellt werden, wo frühere Baltikumkämpfer, die auf den Gütern Arbeit leisten, sich im Besitz von Waffen befinden.

Abkommen mit den Bergarbeitern.

Erhöhte Arbeitszeit.

WTB. Berlin, 19. Febr. Wie bekannt, haben kürzlich in Gegenwart des Reichskanzlers in Essen Besprechungen zwischen den Zechenverbänden und den Organisationen der Bergarbeiter über die Steigerung der Kohlenproduktion stattgefunden. Im weiteren Verlaufe dieser Verhandlungen ist das nachstehende Abkommen getroffen worden:

Es sollen wöchentlich zwei halbe Schichten gefahren werden. Als Entgelt hierfür erhalten die Untertagearbeiter 100 Prozent, die übrigen Arbeiter 50 Prozent Zuschlag zu den bestehenden Löhnen. Außerdem wird den Bergarbeitern, die Ueberschichten leisten, eine Zulage an Lebensmitteln gewährt. Sie erhalten pro Mann und Monat 12 Kilo Brot und vier Kilo Fett, und zwar zu den Preisen der rationierten Lebensmittel. Das Abkommen tritt am 23. Februar in Kraft und gilt vorläufig auf drei Wochen bis zum 14. März. In etwa 14 Tagen sollen neue Verhandlungen über die Verlängerung des Abkommens einsetzen. Diese Bereitwilligkeit, die Kohlenproduktion durch Leistung von Ueberstunden zu steigern, hat den Bergarbeitern den Dank des ganzen Volkes gesichert. Ein Teil der mehr geförderten Kohlen wird zur Erfüllung von Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag benutzt werden, die übrige Menge wird sowohl der Industrie wie der Landwirtschaft zugute kommen.

Programm der Deutschen demokratischen Partei.

Beschlossen in der gemeinsamen Sitzung des Parteivorstandes und des Vorstandes der Reichsfraktion vom 12. Februar 1920 in Ausführung des Beschlusses des Leipziger Parteitages vom 13. bis 15. Dezember 1919.

In der höchsten Not unseres Vaterlandes ist die Deutsche demokratische Partei geboren. Sie will das ganze Volk vorwärts und aufwärts führen in stetiger Entwicklung. Freiheit und Recht sind ihre Wegmarken.

Das ganze Volk! — ohne Unterschied von Klasse, Beruf und Religion; innere Einheit tut uns vor allem not, und der einzige Weg zu ihr ist die Demokratie. Sie bedeutet Interessenausgleich und Aufhebung der Begriffe Herrschaft und Untertanenschaft auf allen Gebieten, bedeutet gleiches Recht für alle in den Einrichtungen des Staates und der Gesellschaft. Der demokratischen Staatsauffassung gelten Personen und Gemeinschaften nur als lebendige Zellen und Glieder; den einheitlichen Körper aber bildet die Gesamtheit. Ihren Daseinsbedingungen ist alles unterzuordnen und nicht obrigkeitliche Bevormundung ist ihr oberstes Gesetz, sondern der Wille des souveränen Volkes.

Inniger denn je bekennen wir uns zu unserer schwer geprüften Nation. Wir vertrauen fest darauf, daß wir durch eigene Kraft uns aus den Niederungen der Gegenwart wieder erheben werden.

Unbeirrt durch den Streit des Tages und durch eigenmächtige Versuche, das Unglück des Vaterlandes auszumünzen für die Wiedererrichtung der alten Gewaltherrschaft oder für neue Diktaturen, geht unsere Partei der Aufgabe nach, die deutsche Republik mit wahrhaftigem, staatsbürgerlichem und sozialem Geist zu erfüllen. Und indem wir so für Deutschland wirken, dienen auch wir der Menschheit und bereiten das friedliche Zusammenleben der Völker in einer Welt des Rechts und der Versöhnung vor.

Nach diesen Grundsätzen formen wir unser Programm.

I. Staat.

1. Innere Politik.

Die Deutsche demokratische Partei steht auf dem Boden der Weimarer Verfassung; zu ihrem Schutz und zu ihrer Durchführung ist sie berufen. Voraussetzung des Erfolges ist die Erziehung des Volkes zur staatsbürgerlichen Gesinnung. Das Verhältnis des Einzelnen zur Gesamtheit bestimmt sich durch den Gedanken der staatsbürgerlichen Pflicht. Sie verleiht den Rechten der Volksgenossen Inhalt wie Begrenzung. Die deutsche Republik muß ein Volksstaat sein und unverbrüchlich zugleich ein Rechtstaat.

Wir erstreben die Einheit des Reiches, aber unter Berücksichtigung und Erhaltung der Eigenart der deutschen Stämme.

In Gesetzgebung und Verwaltung muß gleiches Recht für alle gelten; die noch bestehenden Zurücksetzungen der Frauen sind zu beseitigen. Die Verwaltung des Reiches muß unter Wahrung des Berufsbeamtentums organisiert werden, aber auch unter starker Beteiligung des Laienelementes. Nach den gleichen Grundsätzen regele sich die Ordnung der Länder und Gemeinden in freier und weitestgehender Selbstverwaltung.

Das Recht ist ein Teil der Volkskultur und muß deshalb volkstümlich ausgestaltet werden.

Das uns aufgezwungene Söldnerheer ist baldigst durch ein Milizsystem mit allgemeiner Wehrpflicht zu ersetzen, das geeignet ist zur Verteidigung unserer nationalen Unabhängigkeit.

2. Aeußere Politik.

Ausgangspunkt und Inhalt der äußeren Politik Deutschlands ist für die nächste Zeit die Revision der Friedensverträge von Versailles und St. Germain. Denn auch in den Beziehungen der Völker zueinander sollen nicht Macht und Unterdrückung, sondern Gerechtigkeit und Freiheit walten. Niemals nehmen wir das Diktat der Gewalt als bleibende Rechtsordnung hin. Niemals erkennen wir die Absplitterung deutscher Volksteile vom Vaterlande an. Niemals lassen wir vom Selbstbestimmungsrecht der Völker, und wir erstreben, gestützt auf dieses Grundsatz, den Zusammenschluß aller deutschen Stämme.

Deutschlands Anteil an der geistigen Hebung der Mensch-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200220011/fragment/page=0001

seit verbürgt ihm den Anspruch auf kolonisatorische Betätigung. **Auch den Raub unserer Kolonien fechten wir an.**

Ein Hauptziel der deutschen Politik ist die enge Verbindung mit den Auslandsdeutschen und ihr Schutz. Nationale Pflicht ist es, den Volksgenossen unter fremder Herrschaft ihr Volkstum erhalten zu helfen; aber auch die Achtung nationaler Minderheiten in Deutschland betrachten wir als politisches Gebot.

Die letzte Verwirklichung unserer Gedanken kann dauernd nur erzielt werden durch einen Bund aller freien Staaten. Wir treten daher ein für einen Völkerbund, dessen erste Aufgabe das Zusammenwirken der Nationen ist und der zugleich eine internationale Arbeitsgemeinschaft darstellt.

Eine Mächteallianz aber, die dem deutschen Volke die Gleichberechtigung vorenthält, lehnen wir ab, denn sie fördert nur den Völkerhaß und die Völkerverhetzung.

II. Kultur.

Der Ausbau des neuen Deutschlands kann allein erfolgen durch die Pflege der geistigen Wohlfahrt des Volkes, durch seine körperliche und sittliche Stählung und durch die Förderung seiner seelischen Kräfte. Nicht Unterdrückung der Persönlichkeit, nicht Drill und Abrichtung des Einzelnen sind notwendig, sondern die Ehrfurcht vor jeder Ueberzeugung. **Wir glauben an die Kraft der Wahrheit, den Irrtum zu überwinden!** Auf solchen Grundlagen erhebt sich die höchste Schöpfung menschlichen Geistes: der Kulturstaat.

1. Schule, Unterricht und Erziehung.

Eckpfeiler des Kulturstaates ist die Schule. Lehrfreiheit und Lernfreiheit sind die Grundrechte unserer geistigen Verfassung. Zu den Lebens- und staatsnotwendigen Kenntnissen, zur Sitten- und Charakterbildung und zur körperlichen Tüchtigkeit soll die Schule verhelfen; sie befriedige das Anrecht eines jeden auf eine Erziehung, die seinen Fähigkeiten und seinem Bildungswillen entspricht. Sie begeistere alle zu höchsten Leistungen und schaffe dadurch auch dem Volke die Führer.

Schulpflichtig ist die deutsche Jugend bis zum 14., lernpflichtig bis zum 18. Lebensjahre. Darüber hinaus ist eine Möglichkeit der Fortbildung zu geben, die die volle Auswirkung aller Kräfte sichert.

Die Lehrerbildung ist ein ausschließliches Recht des Staates.

Unser Volk leidet an sozialer, politischer und religiöser Zerklüftung. Seine gefährdete Einheit sichert die alle Glieder der Nation umfassende simultane Einheitsschule. Auf einer Grundschule, welche allen Kindern gemeinsam das erste Wissen zuführt, baut sich das verzweigte System der Mittel-, Fach- und Fortbildungsschulen bis zur Hochschule auf.

Alle Privatschulen, die die Kinder nach Stand, Vermögen oder Bekenntnis der Eltern sondern, lehnen wir ab. Nicht öffentliche Schulen zur Ergänzung der staatlichen sind nur ausnahmsweise aus ernsten erzieherischen Bedürfnissen zuzulassen.

Der Unterricht an den öffentlichen Schulen muß unentgeltlich werden. Begabten soll der Staat erforderlichenfalls die Mittel für die Weiterbildung und auch für den Unterhalt während der Lernzeit gewähren.

Alle Schüler sollen mit der Geschichte und mit dem Wesen der Religion vertraut gemacht werden unter Wahrung der Gewissensfreiheit von Eltern, Kindern und Lehrern. Außer dem durch die Konfession bestimmten Religionsunterricht ist in der Schule ein allgemein religionskundlicher Unterricht zu erteilen; an einem von beiden muß jedes Kind teilnehmen.

2. Wissenschaft, Kunst und Literatur.

Wohlfeil machen und schmücken werden das Gebäude des Kulturstaates Wissenschaft, Kunst und Literatur. Frei sollen sie sich im Leben und in der Presse entfalten und dem Volke Veredelung und Erhebung gewähren. Wir vertrauen darauf, daß diese Lebensmächte ihren besten Schutz vor Verwilderung und Vergiftung in sich tragen. Doch darf der Staat seinen starken Schutz der bedrohten Volkssittlichkeit niemals versagen.

Die staatliche Kulturpolitik erhalte sich das Verständnis und die Führung für die treibenden Kräfte der Jugend, damit sie selbst nicht erstarre.

Geistige Arbeit, besonders auch die der freien Berufe, muß ihren angemessenen Lohn finden.

3. Weltanschauung, Religion und Kirche.

Die Krönung des Kulturstaates aber bildet die Verwirklichung der inneren Freiheit in Fragen der Weltanschauung und der Religion. **In der Erschaffung einer geistigen Welt erblicken wir Demokraten den höchsten Sinn des Lebens.**

Grundsätzlich muß die Trennung von Staat und Kirche allmählich durchgeführt werden, es bleiben aber geschichtliche, ideelle und praktische Beziehungen zwischen Staat und Kirche bestehen. Die der Kirche gewährten Zuschüsse soll der Staat schonend ablösen.

Das gegenseitige Verständnis der Konfessionen zu fördern liegt im Wesen der Demokratie. Für die der Kirche zugehörigen Demokraten besteht die Pflicht, ihre Gesinnung auch innerhalb der Kirche selbst zur Geltung zu bringen. Der Schutz des Staates gebührt auch den kleineren Gesinnungsgruppen.

So wollen wir den deutschen Kulturstaat errichten, so sollen unsere Nachfahren in ihm leben: frei im Geben, frei im Empfangen in Schule und Kirche, in Wissenschaft, Literatur und Kunst. Alle Diener an diesem Werke aber dürfen sich freudig bewußt sein, daß die Nation den am höchsten ehrt, dem sie die Wahrung ihrer idealen Werte anvertraut. Auch darf niemand im neuen Deutschland im Bildungsdünkel sich abgesondert fühlen, denn die geistigen Güter sind Leben aus dem Eigentum der Allgemeinheit. Gerade der Gebildete schuldet seinem Volke sein ganzes Können und Wissen, weil er der mühseligen Arbeit auch des Einfachen und Schlichten mit zu verdanken hat, was er ist, und was er zu wirken vermag.

(Schluß folgt.)

Kleinere Vorlagen in der preußischen Landesversammlung.

Die 100%igen Zuschläge auf die Eisenbahntarife. — Die Milliardenfehlbeträge. — Die Elternbeiträge. Ein- oder Zweikammersystem? — Gegen die Weinversteigerungen im Reiche.

Preußische Landesversammlung.

WTB. Berlin, 19. Febr. 116. Sitzung.

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 15 Minuten.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Lesung des Gesetzentwurfes über Erhebung von

Zuschlägen für den Güter- und Tierverkehr der preußischen Eisenbahnen.

Minister Oeser: Auch die Regierung ist sich der schweren Folgen dieser hundertprozentigen Erhöhung der Tarife voll bewußt. **Wir befinden uns aber in einer Zwangslage,** die durch den Krieg entstanden ist. Als ich im Oktober 1919 eine fünfzigprozentige Tariferhöhung vertrat, war ich mir der Unzulänglichkeit dieser Erhöhung bewußt. Ich glaubte damals aber, das Wirtschaftsleben schonen zu sollen, zumal doch allmählich eine Besserung der Finanzgebarung eintreten könnte. Die Ausgaben sind aber weiter gewaltig gestiegen durch persönliche und sachliche Leistungen; die Beschaffungszulagen, der neue Arbeitstarif, die Knappheit der Rohstoffe bewirkten eine gewaltige Preissteigerung. Bei der Kohle beträgt sie 1397 Prozent, bei den Schienen und Eisenbahnstreben sogar 2000 Prozent. Die ungeheuren Preise müssen wir zahlen, wollen wir nicht die Betriebssicherheit gefährden. Trotz aller Bedenken hoffen wir nun doch, durch Arbeit wieder emporzukommen. Allgemein geht der Wunsch dahin, die Tariferhöhung schon zum 1. März eintreten zu lassen.

Abg. Neumann-Magdeburg (Soz.): Die alten Arbeiter sollten bei den Werkstätten möglichst wieder eingestellt werden. In der ersten und zweiten Klasse können die Tarife um 100 Prozent erhöht werden. Die

dritte und vierte Klasse müßten geschont

werden. Wir stimmen der Vorlage zu, wünschen aber Beratung im Staatshaushaltsausschuß.

Abg. Ehlers (Dem.): Diese Tariferhöhung ist

sehr gefahrvoll für den Handel,

Industrie und Landwirtschaft. Der Eisenbahnbetrieb muß wirtschaftlicher werden. Der Achtstundentag wird kaum aufrechterhalten werden können. Es muß mehr gearbeitet werden.

Abg. Dr. Seelmann (Dn.): Auch durch die Tariferhöhung werden die Milliardenfehlbeträge noch nicht beseitigt. Die Verteuerung der Gütertransporte bringt wieder Lohnerhöhungen mit sich. In erster Linie muß die Vergeudung von Staatsmitteln aufhören. Wir können der Vorlage nur zustimmen, wenn uns im Ausschuß Garantien gegeben werden, daß mit der Lotterwirtschaft bei der Eisenbahn gründlich aufgeräumt werden wird. (Beifall rechts.)

Abg. Paul Hoffmann (U. S.): Die Eisenbahneinnahmen können erhöht werden, wenn die Stiellesschen Bahnhofsbuchhandlungen in den Staatsbetrieb übernommen würden. Bei der Schließung der Eisenbahnwerkstätten ist man brutal vorgegangen. Die Regierung ist wieder wie früher zurückgekehrt [illegible] brutale und nichtswürdige Handlungsweise (der Präsident rügt diesen Ausdruck) war nur möglich mit Hilfe des Belagerungszustandes.

Abg. Hugo Garnich (D. Vpt.): Bei den Maßnahmen in den Eisenbahnwerkstätten darf man nicht auf halbem Wege stehen bleiben. Für überflüssige Arbeiter ist in den Betrieben kein Platz. Millionen Arbeiter können da erspart werden.

Minister Oeser: Eine Staffelung der Tarife würde derartige Schwierigkeiten mit sich bringen, daß die Verabschiedung bis zum 1. März nicht möglich sein würde. Gegen den

Vorwurf der Lotterwirtschaft muß ich mich wehren.

In wenigen Wochen sind die Folgen des Krieges nicht zu beseitigen. Die Entlassungen in den Werkstätten mußten erfolgen, um die Wirtschaftlichkeit des Betriebes zu sichern. Die Werkstätten waren überöllert. Die Arbeit wurde dadurch beeinträchtigt. Wer auffordert, nicht zu arbeiten, für diesen ist kein Platz in meiner Verwaltung. (Beifall.)

Die Vorlage geht an den Haushaltsausschuß.

Darauf wird die Beratung der Anträge betreffend die Elternbeiträge fortgesetzt.

Abg. Gottwald (Ztr.): Die Idee der Elternbeiträge ist eine alte Forderung des Zentrums. Der konfessionelle Charakter der Volksschule muß erhalten werden. Die Einheitsschule ist mit dem christlichen Gedanken durchaus vereinbar. **Wir wünschen aber,** daß die Erlasse des Ministers in mancher Beziehung abgeändert werden.

Abg. Heller (Soz.): Die Schule und die Schulkinder dürfen nicht wieder zu Instrumenten der Kirche und der Geistlichen werden. Die oberen Verwaltungsorgane sind bestrebt, die Elternbeiträge unwirksam zu machen. Da muß eingegriffen werden. Nicht von der Sozialdemokratie, sondern von der Kirche wird die politische Agitation in die Bewegung hineingebracht. Auf keinen Fall dürfen die Wahlen bis zum Herbst hinausgeschoben werden.

Abg. Frau Arendsee (U. S.):

Wir fordern Schülerbeiträge,

die neben die Elternbeiträge gestellt werden müssen. Es geht nicht an, daß die Kinder durch die Lehrer gegen ihre Eltern verhetzt werden. Die Wahlen müssen unverzüglich vorgenommen werden.

Damit schließt die Besprechung. Die Abstimmung erfolgt morgen. Dabei wird über den Antrag der Deutschnationalen namentlich abgestimmt werden.

Ein Antrag des Abg. Reinicke (Ztr.) auf Hinzuziehung von Vertretern der Privatarchitekten zum Wiederaufbau von Nordfrankreich wird dem Ausschuß für Handel und Gewerbe überwiesen.

Ein Antrag Dr. Friedberg (Dn.) auf Vorlegung eines Gesetzes über die Baulastenbücher wird einstimmig angenommen.

Es folgt die Beratung der Verordnung vom 15. Nov. 1918 betreffend Auflösung des Abgeordnetenhauses und Beseitigung des Herrenhauses.

Abg. Dr. Rosenfeld (U. S.): Schon vor der Revolution war die Beseitigung des Herrenhauses und des Dreiklassenhauses notwendig.

Abg. von der Osten (Dem.): Die Auflösung des Abgeordnetenhauses und die Beseitigung des Herrenhauses war nicht nötig. Eine Reform war angebracht.

Abg. Gräf-Frankfurt (Soz.): Bis zum Ausbruch der Revolution wollte die Rechte nichts von Reformen wissen. Das Herrenhaus bekommen Sie nicht wieder.

Abg. Dr. Rosenfeld (U. S.): Auch in der preußischen Regierung soll der Wunsch eines sozialistischen Mitgliedes gehört werden, das Herrenhaus wieder zu beseitigen.

Ministerpräsident Hirsch: Es ist kein wahres Wort daran, daß innerhalb der Regierung Meinungsverschiedenheiten über das Einkammersystem vorhanden sind. Die Arbeiten der Landesversammlung müssen möglichst gefördert werden. Die

Verfassung wird dem Hause in ganz kurzer Zeit unterbreitet werden.

Mit ihrer Verabschiedung wird aber die Tätigkeit des Hauses noch nicht abgeschlossen sein. Es sind noch wichtige Gesetze zur Demokratisierung zu erlassen.

Abg. Gräf-Frankfurt (Soz.): Wäre es nach Ihnen gegangen, so bekämen wir überhaupt keine Verfassung, sondern nach russischem Muster den Ruin. (Beifall.)

Die Vorlage wird gutgeheißen.

Abg. Lukaszewitz (Dn.) begründet einen Antrag, die Staatsregierung zu ersuchen, dahin zu wirken, daß diejenigen Lehrer, die die Mittelschullehrer- und Rektorenprüfung abgelegt haben, und die teilweise durch den Krieg in ihrem Fortkommen erheblich behindert worden sind, jetzt aber auf Grund des Erlasses über die Wahl zum Schulleiter nicht mehr als Schulleiter gewählt werden, eine Anstellung erhalten, die den gebrachten Opfern an Zeit, Geld und Gesundheit bei der Vorbereitung für die genannten Prüfungen entspricht.

Nach kurzen Ausführungen des Abgeordneten Kimpel (Dem.), Bekrendt-Danzig (Ztr.) und Sommann (D. Vpt.) wird der Antrag dem verstärkten Unterrichtsausschuß überwiesen.

Ein Antrag der Deutschen Volkspartei will die Regierung ersuchen, 1. baldmöglichst anzuordnen, daß die preußische Domänenverwaltung von der Abhaltung von Weinversteigerungen bis auf weiteres absieht. 2. Bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die Abhaltung von Weinversteigerungen im Reiche für die nächste Zeit, zum mindesten für ein Jahr, verboten werde.

Nach kurzer Aussprache wird der Antrag an den Ausschuß für Handel und Gewerbe verwiesen.

Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr.

Schluß gegen 6 Uhr.

Sitzung des Reichsrates.

WTB. Berlin, 19. Febr. (Drahtnachricht.) Der Reichsrat hat in seiner öffentlichen Sitzung unter dem Vorsitz des Ministers Dr. David eine vom Volkswirtschaftsausschuß der Nationalversammlung bereits vorgelegte Verordnung über die Regelung der Einfuhr angenommen. Der Reichswirtschaftsminister kann danach Diorens vom Einfuhrverbot erteilen, wenn es sich um Waren handelt, die bereits im Auslande angekauft worden sind. Angenommen wurde ferner die Außerkraftsetzung der Silberminen.

General Dupont in Danzig.

WTB. Paris, 19. Febr. Havas meldet aus Danzig: Gestern ist General Dupont, der Präsident der Grenzlinienkommission, in Danzig angekommen und hat mit Reginald Tower beraten. Die Sitzungen der Grenzkommission beginnen morgen. Die polnischen Kaufleute und Industriellen richteten an Tower ein Schreiben, in dem sie für die polnischen Kollegen in der Stadt um Schutz gegen deutsche Ausschreitungen(?) bitten.

Blutige Zwischenfälle in Oberitalien.

WTB. Mailand, 19. Febr. Telegramme des „Secolo" aus Genua besagen: Die Bewegung unter den ligurischen Metallarbeitern hat sich in den letzten Tagen verschärft. Die Arbeitgeber drohten mit der Schließung der Betriebe. Die Arbeiter drangen gemeinsam in die Betriebe ein und bildeten Arbeiterräte, die die abwesenden Direktoren ersetzen sollten. Die Polizei mußte einschreiten und die Räumung der Betriebe anordnen. In den Gießereien von Anjaldo kam es zu Zwischenfällen. Die Arbeiter wollten die Werkstätten nicht verlassen, worauf die Polizei auf sie schoß. Die Arbeiter antworteten die Gelder, und es kam zu einem Feuergefecht, bei dem es zehn Verwundete gab. Nach dem „Secolo" kam es auch in Piacenza, wo der Generalstreik erklärt wurde, zu einem Zwischenfall zwischen Streikenden und der öffentlichen Gewalt.

Die Kämpfe am Don.

WTB. London, 19. Febr. (Reuter.) Das Kriegsamt teilt mit: Die Bolschewisten haben auf dem Süduser des Manich Fuß gefaßt. Aber weiter nordwestlich der Uebergangsstelle haben ihnen die Donkosaken der Ritterei Dumenkos eine verlustreiche Niederlage zugefügt und sie über den Don zurückgetrieben. Der ganze Winkel zwischen Don und Manich ist jetzt von den roten Truppen gesäubert.

Deutsches Reich.

Hamburger Verbindung nach Südamerika.

WTB. Hamburg, 19. Febr. Die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrts-Aktiengesellschaft hat die erste Verbindung für eigene Rechnung nach Südamerika mit dem schwedischen Dampfer „Faxen" wieder aufgenommen, der heute nach dem La Plata ausgelaufen ist.

Ausland.

Nordamerikas Schiffe verlassen die Adria.

WTB. Mailand, 19. Febr. „Popolo d'Italia" meldet aus Venedig: Das amerikanische Admiralsschiff hat Venedig und die Adria verlassen. Man glaubt, daß auch die seit dem Abschluß des Waffenstillstandes in Venedig befindlichen Torpedobootzerstörer die Adria verlassen werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200220011/fragment/page=0002

Aus der estnischen Republik.

Helsingfors, 18. Februar. Der estnische Oberbefehlshaber, General Laidner, hat infolge von Meinungsverschiedenheiten mit der Regierung wegen des Friedensschlusses seinen Abschied genommen. Die estnische Regierung hat beschlossen, 15 000 Arbeiter zwangsweise zur Holzarbeit in den Wäldern zu verwenden. Diese Maßnahme geht von den Engländern aus, die die Holzausfuhr haben wollen.

Zusammenstöße in Metallwerken Roms.

WTB. Rom, 19. Febr. Auf Zwischenfälle hin, die in den Metallwerken stattfanden, versuchte die Polizei, die Arbeiter zum Verlassen der Betriebe zu veranlassen. Hierbei kam es zu Zusammenstößen. Auf beiden Seiten gab es zahlreiche Verwundete.

Halle und Umgebung.

Halle den 20. Februar 1920.

Starke Erhöhung der Provinzialsteuern.

Der soeben erschienene Haushaltsplan der Provinz Sachsen für 1920 rechnet mit 35½ Prozent Steuern gegen 16½ Prozent im Jahre zuvor, was also einer reichlichen Verdoppelung gleichkommt. Verwunderlich ist, worauf die „Magd. Ztg." mit Recht hinweist, das nicht. Die Städte sind mit gleichem Beispiel vorangegangen und die Provinzialverwaltung, die Tausende Beamte und Angestellte und ebensoviel Pfleglinge zu versorgen hat, muß dem sinkenden Geldstande folgen und für erhöhte Einnahmen Sorge tragen. So schließt denn der Haushaltsplan in seinen dauernden und einmaligen Einnahmen diesmal mit 31,5 Mill. Mark gegen 13,1 Mill. Mark im Vorjahre ab.

Die Begründung ist wie überall die gleiche: alles ist teurer geworden. Schon das Vorjahr bringt einen Fehlbetrag von 1,45 Mill. Mark. Für Gehälter der Beamten allein der Hauptverwaltung müssen rund 3 Millionen Mark mehr aufgewandt werden. Die Gehälter der Anstalten usw. erscheinen in den Einzelplänen noch besonders. Die größte Last aber entsteht durch die zahlreichen zu unterhaltenden Heilanstalten der verschiedensten Art. Nur ein einziges Beispiel möge den Zustand erhellen: Die Heil- und Pflegeanstalt Uchtspringe arbeitete in dem letzten Haushalt mit 463 000 Mark Zuschuß, diesmal beträgt er 1 466 000 Mark oder rund 1 Mill Mark mehr. Und so überall. Die Folge ist, daß allein für die Anstalten 5,6 Mill. Mark mehr aufgewandt werden müssen. Und so geht es weiter. Lediglich die Provinzialstraßen erfordern z. B. für die regelmäßige Verbesserung 5,8 Mill. Mark mehr, das Kleinbahnwesen 300 000 Mark mehr, Meliorationen 250 000 Mark mehr, die Unterstützung leistungsschwacher Kreise 100 000 Mark mehr, und der Anleihedienst 111 000 Mark mehr.

Dabei kann nicht etwa davon gesprochen werden, daß außergewöhnliche Arbeiten vorgeschlagen sind, im Gegenteil, der Haushalt bleibt in dem Rahmen des absolut Notwendigen. Dennoch macht sich eine Anleihe von 2,3 Mill. Mark notwendig, um eine Reihe der dringend notwendigen kleinen Bauten auszuführen. Es sind das meist nur unwesentliche Verbesserungen oder Erweiterungen. Erhebliche Unkosten erfordert lediglich der Ausbau eines Verwaltungsgebäudes in Merseburg selbst mit 300 000 Mark und die Errichtung von 5 Doppelwohnhäusern für Pfleger in Uchtspringe mit 465 000 Mark. Hierzu kommt 1 Mill. als Beitrag zu der jüngst in Magdeburg gegründeten gemeinnützigen Wohnungsfürsorgegesellschaft. Die sonst üblich gewesenen großen Beträge für Anstaltsneubauten usw. fehlen naturgemäß diesmal ganz. Man mußte sich bescheiden und wird das weiter tun müssen, bis wieder halbwegs übersehbare Verhältnisse eingetreten sind.

Darf zu viel gezahlter Lohn zurückgefordert werden?

Mit dieser Frage beschäftigte sich das Gewerbegericht in Halle in seiner letzten Sitzung. Eine Fabrik hatte an etwa 70 Arbeiter einen Tariflohn von 2,20 Mark anstatt 2 Mark ausgezahlt in dem Glauben, daß der Tarif diesen Betrag vorsehe. Der Arbeiterausschuß machte die Firma darauf aufmerksam, daß sie nur den tariflichen Lohn von 2 Mark zu beanspruchen hätten, trotzdem zahlte die Firma den höheren Betrag aus und die Arbeiter haben diesen in dem guten Glauben angenommen und inzwischen verbraucht. Die Firma wollte nun, nachdem sich der Irrtum aufgeklärt hatte, den Arbeitern den zuviel gezahlten Lohn wieder in Abzug bringen.

Um in dieser Sache eine prinzipielle Entscheidung herbeizuführen, klagte ein Arbeiter der Firma gegen die Zurückbehaltung des zuviel gezahlten Lohnes. Das Gericht kam zu der Auffassung, daß die Arbeiter den ihnen von der Firma zuviel gezahlten Lohn im guten Glauben als richtig angenommen und auch inzwischen schon verbraucht haben, also heute nicht mehr in dem Besitz des Geldes sind. Demzufolge kann auch die Firma den freiwillig zuviel gezahlten Lohn nachträglich nicht wieder zurückverlangen.

Wo soll das noch hinaus? Die allgemeine Steigerung der Preise für Gegenstände des täglichen Bedarfs wird geradezu unheimlich. Besonders sind es neben dem Papier die Schreibwaren, die ganz bedeutend in die Höhe gehen. Während in Friedenszeiten für ein Gros Schreibfedern 80 Pf. bis 1,50 Mk. bezahlt wurden, stiegen die Preise für das Gros im letzten Jahre auf 6 bis 8 Mark und heute stellt sich der Preis für ein Gros gewöhnliche Schulfedern auf 9 bis 10 Mk., für bessere Sorten (Bremer Börsen, Reichsbank usw.) auf 12 bis 15 Mark ab Fabrik, so daß das Stück im Kleinhandel bald nicht mehr unter 12 bis 15 Pf. zu haben sein wird.

An die aus der Schweiz zurückgekehrten Kinder. Die am 4. Februar aus Holland und Dänemark und am 18. Februar aus der Schweiz zurückgekehrten Kinder werden aufgefordert, sich am Sonnabend, den 21. Februar, frühmorgens um 8 Uhr zur Nachuntersuchung im Städtischen Gesundheitsamt, Schmeerstraße 1, II. Stock, mit Gesundheitsbogen einzufinden.

Das Thema: Der Sozialismus nach Karl Marx behandelte die Gewerkschaftssekretärin Frl. Schreder in einem Vortragsabend des Christl. Gewerkschaftskartells. Ausgehend von der sozialen Frage, deren Lösung zu allen Zeiten die Gedankenarbeit hervorragender Menschen gewesen sei, beleuchtete die Rednerin die Theorien des sog. wissenschaftlichen Sozialismus. Die Marxsche Lehre von der Verelendung der Massen, seine sog. Mehrwerttheorie, die Zusammenballung des Kapitals, die Wirtschaftskrisen, sind durch die Entwicklung überholt, und zwar in einer den Gedankengängen Marx' entgegengesetzter Richtung. Das Endergebnis seiner Lehre, die naturnotwendige Entwicklung zur sozialistischen Herrschaft, kann man heute als abgetan bezeichnen. Der Zukunftsstaat, wenn man den Menschen damit das Paradies auf Erden schaffen wolle, sei eine Quintessenz der naturwissenschaftlichen Geschichtsauffassung und ist von allen Lehren Marx' am stärksten zu verneinen, denn hier hätte Marx den Boden der Wirklichkeit ganz verlassen und alles grau gemalt. — Lebhafter Beifall der Versammlung dankte der Vortragenden.

Provinzial-Nachrichten.

Löbejün, 19. Febr. (Raubüberfall mit tödlichem Ausgang.) Vorgestern mittag wurde eine hiesige Geschäftsfrau Sch. in den hellen Mittagsstunden von einem Fremden in der eigenen Wohnung überfallen. Der Fremde schlug die 61jährige Frau mit einem Schlagring derartig über den Kopf, daß sie blutüberströmt ohnmächtig niederfiel. Dann schloß der Räuber die Wohnung von innen ab und begab sich an die Durchsuchung aller Fächer, wobei ihm 1500 Mark in die Hände fielen. Er konnte sich, da der Ehegatte der Frau immer noch nicht zurückgekehrt war, in aller Ruhe entfernen. Die Frau ist letzte Nacht an den erlittenen Verletzungen gestorben.

Edderitz, 19. Februar. (Diebstähle von Grubenhölzern.) In letzter Zeit sind wiederholt aus den Holzbeständen der Grube „Leopold" Grubenhölzer und Bretter, die einen größeren Wert repräsentieren, gestohlen worden. In voriger Nacht wurden wiederum Holzdiebe auf dem Holzplatz der Grube vom dortigen Nachtwächter bei ihrem Vorhaben beobachtet und gestört. Die am anderen Morgen angestellten Ermittelungen hatten Erfolg. Auf die am Tatorte zurückgelassenen Fußspuren wurde die Polizeihündin „Lotte" angesetzt und, nachdem sie Witterung genommen hatte, verfolgte sie eine Spur in der Richtung nach Piethen. Hier wurde bei zwei Eingesessenen ein größerer Posten Grubenhölzer gefunden, die jetzt mit einem zweispännigen Lastwagen zur Grube zurückgeschafft worden sind.

Appenrode, 19. Febr. (Grabschändung.) Spitzbuben stahlen hier auf dem Friedhof sechs eiserne Kreuze und ein eisernes Grabgitter. Die Kreuze sind zum Teil aus den Sockeln herausgeschlagen, zum Teil abgebrochen. Das Gitter ist aus der Sandsteineinfassung herausgeschlagen.

(—) **Schweinitz, 19 Febr.** (Erhöhung der Stellmacherpreise.) Die Stellmacher-Vereinigung sieht sich genötigt, anläßlich der hohen Holzpreise, Fuhrlöhne und anderen Unkosten ihre gegenwärtigen Preise um 100 Prozent zu erhöhen.

Leipzig, 19. Febr. (Fünf polnische Einbrecher.) Unlängst bemerkte am Morgen eine aus zwei Beamten der 8. Polizeiwache bestehende Runde, daß sich in der Gerberstraße mehrere Personen in verdächtiger Weise aufhielten. Als die Beamten dann denselben Straßenteil erneut passierten, fanden sie eine Haustür nicht verschlossen. Mit ihrem Revolver in der Hand rasch eintretend, standen sie plötzlich vor fünf jungen Leuten, die neben sich zwei Ballen und drei mit Fellen gefüllte Säcke liegen hatten. Die sofortige Durchsuchung förderte ein Brecheisen und mehrere Dietriche. Man hatte eine Einbrecherbande noch zur rechten Zeit ertappt, ehe sie mit den in diesem Hause soeben gestohlenen Fellen im Gesamtwerte von etwa 24 000 Mark verduften konnte. In den Verbrechern wurden fünf Polen ermittelt, von denen zwei wegen Taschendiebstahls bereits aus Sachsen ausgewiesen sind.

Rudolstadt, 19. Febr. (Noch eine Blüte der Zwangswirtschaft.) Landwirt Hugo Polasky in Burkersdorf schreibt der „Rudolstädter Ztg.": Kürzlich ging durch die Presse eine Notiz mit der Ueberschrift: „Eine Blüte der Zwangswirtschaft". Darin wurde geschildert, wie es einem Landwirt bei der Notschlachtung eines Ochsen erging. Folgender Tatbestand ist nun auch ein Beitrag zur Beleuchtung der jetzigen Zustände: Landwirt Sümmerling kaufte 1917 2 Ochsen im Gewichte von 20 Ztr. zum Preise von 4670 Mark. Der Haupthändler Fischer bezw. der Kommunalverband nahm die Ochsen 1919 ab und bezahlte für die Ochsen 4918 Mark. Bei der Abnahme wogen die Ochsen 34,08 Ztr. Es steht nun für den Landwirt bezw. dessen Erben folgender Verdienst fest: Einkauf (Gewicht 20 Ztr.) 4670 Mark, Verkauf (Gewicht 34,08 Ztr., mehr 14 Ztr.) 4918 Mark, Reinverdienst für 14,08 Ztr. Fleisch 248 Mark. Wirklich billiges Fleisch, während die Verbraucher 3,20 Mark pro Pfund zahlen müssen. Nun den Verdienst des Herrn Haupthändlers bezw. des Kommunalverbandes: 1. Häute à 120 Pfd., das Pfund gerechnet zu 16 Mark = 240×16: 3840 Mk.; 2. Eingeweide mit Kopf je 100 Mk. = 200 Mk.; 3. Talg, wenig gerechnet pro Stück 75 Mk. Talg wird bezahlt mit 20 Mk. pro Pfund, also 150 Pfd. × 20 Mk. = 3000 Mk.; 4. nur 17 Ztr. Fleisch gerechnet, in Wirklichkeit 18 bis 18½ Ztr., macht 1700 Pfd. × 3,20 Mk. = 5140 Mk. Summa 12 460 Mk. Abzüglich Einkauf 4918 Mk., Transport u. Schlächterkosten 100 Mk., zusammen 5018 Mk. Verdienst: Summa 7462 Mk.

Göttingen, 19. Febr. (Folgen eines mutwilligen Streiches.) Nach einer Kneiperei wollten mehrere Studenten das Geschäftsschild eines Malermeisters abnehmen. Darüber gerieten sie mit dem Geschäftsinhaber in Wortwechsel und schlugen ihn blutig. Die Söhne des Geschlagenen eilten herbei und einer von ihnen gab auf einen der fliehenden Studenten einen Schuß ab, der ihn zu Boden streckte. Der Getroffene, ein Student aus Dortmund, starb alsbald.

Braunschweig, 19. Febr. (Der ehemalige Vorsitzende des Braunschweiger Arbeiter- und Soldatenrates.) Der Husar Schütz, ein schon vielfach vorbestrafter Mensch, mußte sich heute vor der Strafkammer des Landgerichts verantworten. Die Anklage lautet auf Freiheitsberaubung und Verletzung des Telegrammgeheimnisses. Schütz hatte den Vertreter des Reichsverwertungsamtes Dr. jur. Rost verhaften und in das Schloß sperren lassen, weil er in ihm einen Spion der Reichsregierung vermutete. Die Anklage wegen Verletzung des Briefgeheimnisses wurde fallen gelassen. Der Angeklagte wurde zu 300 Mark Geldstrafe oder 30 Tagen Gefängnis verurteilt.

Kunst und Wissenschaft.

Bühnenchronik. Ludwig Ganghofer demonstriert in seiner neuesten Uraufführung am Stadttheater in Hanau den „Segen des Irrtums" an drei Einaktern von altgewohnter Routine mit einem Schuß Kriegsverrohung. Die sorgfältige Aufführung unter der Regie des Direktors Spannuth-Bodenstedt verschaffte den Stücken lebhaften Erfolg. — Im Berliner Schauspielhause fand die Uraufführung von Moritz Goldsteins komischer Tragödie in drei Akten „Die Gabe Gottes" statt. Das Stück ist eine Illustration des bekannten Hebbelwortes: „Bald fehlt uns der Wein, und bald der Becher." Es sind keine Menschen, sondern Motive — allerdings in sehr feiner, objektiver Zeichnung —, die der Dichter auf die Bühne stellt. In der Darstellung überragend war Bassermanns Großknecht, besonders in den Momenten, in denen der Wille zum Leben in ihm wieder erwacht. Gegen seine das rein Menschliche erfassende Darstellungskunst trat die der übrigen Schauspieler — es waren Herr Netzbach-Erasimy, Herr Pohl, Herr de Vogt und Frau Bassermann — bei weitem in den Hintergrund. Der einmütige Beifall war besonders nach dem 2. Akt sehr stark.

Hamlet-Aufführung — nur von Frauen. Sarah Bernhardt war die Erste, die sich, wie man weiß, an die Rolle des Dänenprinzen Hamlet gewagt und auch in Deutschland Nachahmung gefunden hat. Nun aber hat, wie man aus London berichtet, die „British Empire Shakespeare Society" den Versuch einer Hamlet-Aufführung unternommen, bei der sämtliche Rollen mit Frauen besetzt waren. Die Aufführung ging im Gables-Theater in Surbiton vor sich und fand, wenn wohl auch hauptsächlich als originelles Experiment, lebhaften Beifall.

Der Wiener Maler Alfred Basel ist auf einer Hochwildjagd bei Tirnitz von einem anderen Schützen so schwer in den Rücken getroffen worden, daß er nach einigen Stunden seinen Verletzungen erlag.

Hochschulnachrichten.

Der Göttinger Privatdozent, Lic. Paul Althaus, Sohn des bekannten Leipziger Theologieprofessors D. Paul Althaus, ist von der Universität Rostok zum ordentlichen Professor für systematische Theologie berufen worden und hat dem Rufe Folge geleistet. Er hatte den durch die Berufung Prof. Jeikes nach Heidelberg freigewordenen Lehrstuhl schon im vergangenen Wintersemester auftragsweise verwaltet. Lic. Althaus ist 1890 geboren. — Der a. o. Professor und Direktor des Landwirtschaftlichen Instituts der Universität Kiel Geh. Reg.-Rat Dr. phil. Hermann Rodewald ist zum ordentlichen Professor daselbst ernannt worden. Prof. Rodewald ist aus Eilte (Hannover) gebürtig.

— Im Alter von 62 Jahren starb in St. Martin der Vertreter der älteren deutschen Sprache und Literatur an der Wiener Universität Hofrat Dr. Josef Seemüller. Prof. Seemüller, der früher als Nachfolger Ignaz v. Zingerles in Innsbruck lehrte, kam an die Wiener Hochschule im Jahre 1905 als Nachfolger des bekannten Germanisten Hofrat Richard Heinzel. Seemüller war Mitglied der Akademien in Wien, Göttingen und München.

Die Professur der Zahnheilkunde, sowie die Leitung des zahnärztlichen Instituts der Universität Marburg (an Stelle von Prof. Dr. G. Fischer) ist dem Zahnarzt Hans Seidel in Münster angeboten worden. Seidel, ein geborener Magdeburger, der früher als Lektor der Zahnheilkunde und erster Assistent am zahnärztlichen Universitätsinstitut in Münster tätig war, bestand in München das zahnärztliche Staatsexamen. Seine Lehrer waren Walkhoff (München) und Dependorf (Leipzig). Seit 1. 9. 1915 ist Seidel leitender Arzt des Reserve-Lazarettes für Kieferverletzte in Münster. — Ferner ist dem Direktor der Mortonrealschule in Frankfurt a. M. Prof. Dr. phil. Wilhelm Langenbeck ein Lehrauftrag für Handelsgeschichte an der dortigen Universität erteilt worden. Der aus Göttingen gebürtige Historiker bestand ebenda das Doktor- und Lehramtsexamen und war bis zu seiner Berufung als Direktor nach Frankfurt (1909) lange Jahre als Oberlehrer in Breslau tätig. Seine Werke „Englands Weltmacht" und „Geschichte des deutschen Handels" sind in mehreren Auflagen verbreitet. — Schließlich ist der a. o. Professor für Astronomie an der Göttinger Universität Dr. Leopold Ambronn, Observator an der Sternwarte, zum ordentlichen Honorarprofessor daselbst ernannt worden. Dr. Ambronn, der aus Meiningen gebürtig ist, studierte in Leipzig, Wien und Straßburg. 1880/89 war er Assistent an der Deutschen Seewarte in Hamburg und machte 1882 und 1883 die deutsche Polarexpedition nach dem Norden als deren stellvertretender Leiter mit.

Vermischtes.

Die Grippe, dieser böse Gast, tritt wieder zahlreich und in schweren Formen auf. Die Sterblichkeit unter den Erkrankten ist in Bochum z. B. erheblich. Die Krankenhäuser sind überfüllt, fast wie zur Zeit der großen Epidemie im Herbst 1918. In voriger Woche wurden 309 Fälle amtlich gemeldet, aber die Zahl der Erkrankten ist wesentlich größer, da in den leichteren Fällen meist kein Arzt in Anspruch genommen wird. Der Mangel an guten Nahrungsmitteln lähmt die Widerstandskraft der erkrankten Menschen, vor allem der Kinder, die in erschreckendem Umfange an Unterernährung leiden. Auch in Breslau wütet die Grippe in unheimlicher Weise. Das Steigen der Epidemie geht aus folgenden Zahlen der bei der Ortskrankenkasse Gemeldeten, sowie der in den Breslauer Krankenanstalten Aufgenommenen hervor: Es starben im Januar 43 Personen an Grippe, 88 an Lungenentzündung und 79 an Lungentuberkulose, vom 25. bis zum 31. Januar 481 Personen an Grippe, von denen 32 starben, vom 1. bis 7. Februar 1375 Personen, von denen 97 starben. Der Höhepunkt ist noch nicht erreicht. — Die höheren, mittleren und Volksschulen Breslaus sind bis Ende des Monats geschlossen worden.

Explosion eines Munitionslagers in Frankreich. Nach Pariser Meldungen ist in einem Dorfe bei Béthune ein britisches Munitionslager mit 50 000 Tonnen Sprengstoffen aller Art explodiert. Das Dorf ist vom Erdboden verschwunden.

Die große Erhöhung der Vergnügungssteuer hat sich in Berlin in den mittleren und kleineren Varietés und Kinos trotz des kurzen Bestehens in einem Rückgang des Besuches schon fühlbar gemacht. Auf die großen, stets gut besuchten Varietétheater mit hohen Eintrittspreisen hat die Erhöhung allerdings bisher noch keine Wirkung ausgeübt. Wie wir erfahren, hat heute der Verband der Varietédirektoren an den Regierungspräsidenten eine Eingabe gerichtet, in der um Milderung der Steuer gebeten wird.

25 000 Mark Belohnung sind für die Ermittlung der falschen Kriminalbeamten ausgesetzt, die im Hansa-Hotel in Berlin den Handelsmann Markus Singer, der dort logierte, um den Betrag von 110 000 Mark gebracht haben. Sie raubten dem Händler zwei große Brieftaschen, darunter eine Lacktasche, die besonders dadurch kenntlich ist, daß sie am Rande mit Silberstücken mit französischen Stempeln versehen ist. In den Brieftaschen befanden sich 234 Gramm Platin, mehrere kleine lose Brillanten, sogenannte Umschleifware, in der Größe von 0,5 Karat und 20 000 Mk. in barem Gelde. Nachrichten sind an Kriminaloberwachtmeister Steinhaus, Zimmer 107, der Kriminalpolizei zu richten.

Dreiradwagen im Berliner Verkehr. Die Verkehrsabteilung des Berliner Polizeipräsidiums hat die Einführung von Dreiradwagen, sogenannten Cyklonetten, für den Droschkenbetrieb im Prinzip beschlossen.

Ein schweres einstündiges Feuergefecht zwischen Kriminalbeamten und einem Einbrecher rief in Berlin in dem Hause Barnimstraße 12 und seiner Nachbarschaft große Aufregung hervor. Aus dem Zuchthaus in Rawitsch war der Konditor Alfred Mühlau entwichen. Die Kriminalpolizei ermittelte, daß er bei seiner Geliebten, einer gewissen Kalinowski, im Erdgeschoß des zweiten Quergebäudes auf dem Grundstück Barnimstraße 12 Unterschlupf fand. Kriminalwachtmeister Wiesenhüter sah, wie er in das Haus hineinging. Mit dem Kriminalwachtmeister Busch machte er sich gleich daran, ihn wieder hinter Schloß und Riegel zu bringen. Während Busch sich im Garten aufstellte, um das Fenster zu beobachten, begehrte Wiesenhüter Einlaß. Mühlau öffnete jedoch nicht, sondern feuerte sofort durch die Tür hindurch. Nachdem er mehrere Schüsse abgegeben hatte, wandte er sich nach dem Fenster, um durch dieses nach dem Garten und dann durch den Hausflur zu entkommen. Sobald er im Garten den anderen Beamten erblickte, eröffnete er das Feuer auf diesen. Kriminalwachtmeister Busch erwiderte es, um den Verbrecher in Schach zu halten. Als einige Mann von der Sicherheitspolizei hinzugekommen waren, erneuerten sie den Angriff. Ein Entrinnen war für den Verbrecher nicht möglich. Wiesenhüter schlich sich nun an das Fenster heran. Mühlau schoß sofort wieder in den Garten hinein. Nachdem Wiesenhüter mit drei Schuß erwidert hatte, verstummte das Feuer in der Wohnung. Die Kalinowski kam ans Fenster und rief heraus: „Er ist getroffen." Die Beamten begaben sich nun in die Wohnung hinein und fanden den Verbrecher regungslos am

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200220011/fragment/page=0003

Boden liegen. **Ein Kopfschuß hatte ihn getötet.** Der Kampf hatte eine ganze Stunde gedauert. Der Verbrecher allein hatte 15 bis 20 Schuß abgegeben, ohne einen der Beamten zu treffen. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht, die Kalinowski verhaftet.

„Argentinisches Menuett." Seine Eminenz Amette, Kardinal Erzbischof von Paris, großer Enthüller unzähliger deutscher „Greueltaten" und Deutschenhasser ersten Ranges, hat in einem Hirtenbrief das Tanzen des Tango nunmehr verboten und angeordnet, daß denjenigen Gläubigen, die nichtsdestoweniger Tango tanzen, die Lossprechung in der Beichte verweigert werde. Die Tangoliebhaber und -liebhaberinnen aber fanden folgenden Ausweg. Sie schickten eine Abordnung zum Kardinal und trugen ihm ihren Kummer vor. Amette besann sich einige Zeit und antwortete darauf: Der Fall ist nicht diskutabel, tanzen Sie den Tango nur ruhig weiter, aber unter der Bedingung, daß Sie den Tanz anders benennen!" „Und deshalb", so triumphiert der „Bon Soir", „kann jeder Pariser und jede Pariserin in allen Tanzkursen von Paris einen Tanz lernen, der „argentinisches Menuett" heißt, der aber dem ausgestorbenen Tango ganz verflixt ähnlich sieht."

Arbeitsunlust! In Allenstein hat die Zündholzfabrik J. Ledendorff nach vorausgegangener Aussprache mit dem Arbeiterausschuß des Betriebes dem gesamten Personal gekündigt und den Betrieb am Sonnabend abend geschlossen. Als Grund für diese einschneidende Maßregel wird angegeben, daß Disziplinlosigkeit und Arbeitsunlust namentlich unter den Arbeiterinnen derartig um sich gegriffen haben, daß an ein wirtschaftliches Arbeiten nicht mehr zu denken war. Durch die Einstellung des Betriebes wird die zurzeit herrschende Zündholznot noch vergrößert.

„Vergesellschaftung" der Eisenbahn-Sitzplätze. Früher gab es einmal Platzkarten; und die Plätze in D-Zügen tragen heute noch Nummern: Erster Klasse vier in jedem Abteil, zweiter Klasse sechs; die Grenzen der einzelnen Sitze sind sogar angedeutet durch Arm- und Schlafenlehnen. Jetzt werden sie nur als störend empfunden, denn wer sitzt gern mit verbogenem Genick und Rückgrat das Profil dieser Lehnen entlang?! Und die Nummern der Plätze sind längst zum platonischen Luxus geworden, dienen nur noch zur Verschönerung der Abteilwände. Aber viele Reisende wehren sich gegen die dauernde „Vergesellschaftung" ihrer teuer gekauften Sitzplätze, berufen sich auf alte Paragraphen und die Emaillenummern über ihren Köpfen. Jetzt hat der Minister der öffentlichen Arbeiten die Schaffner durch eine besondere Verfügung ermächtigt, bei Ueberfüllung auf den Sitzplätzen mehr Reisende unterzubringen als sonst üblich ist.

Literarisches.

Die Schwierigkeiten der Geschäftskorrespondenz. Zugleich ein Hilfsbuch für den Bank- und Wechselverkehr. Von Geh. Finanzrat E. Bastian, Direktor der Hessischen Landeshypothekenbank in Darmstadt. Dritte, neubearbeitete Auflage. 7. bis 11. Tausend. Muthsche Verlagshandlung, Stuttgart. — Das Bastiansche Buch unterscheidet sich zu seinem Vorteil von einer großen Zahl schematischer Handelskorrespondenzen. Der Verfasser verzichtet nämlich von vornherein auf eine bloße Aneinanderreihung aller möglichen Handelsbriefe, er beschränkt sich vielmehr auf eine bestimmte Zahl um so instruktiverer Geschäftsfälle. Diese erläutert er dann ausführlich, d. h. er gibt dem Chef der Firma selbst das Wort, der dann mit seinem Korrespondenten den einzelnen Fall durchspricht. Die anregende Art, wie sich aus längeren Besprechungen und Entwürfen schließlich kurze postfertige Briefe vor den Augen des Lesers entwickeln, ist außerordentlich zweckentsprechend, weil dabei nicht bloß an gutem Stil, sondern auch an positiven Kenntnissen sehr viel zu lernen ist.

Der Kunstwanderer. Im ersten Februarheft der von Adolph Donath herausgegebenen vornehm illustrierten Halbmonatsschrift „Der Kunstwanderer" bespricht der Direktor der Hamburger Kunsthalle Dr. Gustav Pauli den Bilderverkauf aus dem Magazin der Kunsthalle. Professor Dr. Otto Cartellieri schreibt über „Vergessene Heidelberger Maler der Romantik" und Dr. G. A. E. Bogeng setzt seine „Betrachtungen zur Buchkunstbewegung der Gegenwart" fort. Künstlererinnerungen an den schwedischen Meister Carl Plagemann veröffentlicht Graf Georg von Rosen. Aus dem übrigen Inhalt des an Mitteilungen vom Auktions-, Ausstellungs- und Museumswesen reichen Heftes des Kunstwanderers sind Artikel über den Flensburger Kunstmarkt, über die schwedischen Sammler, den römischen Kunsthandel, über Schweizerische, Londoner, Pariser Kunstverhältnisse und über Neuigkeiten vom Kunstantiquariat besonders zu nennen.

Warum steigt der Silberpreis? Die „Uebersee-Post", Leipzig, veröffentlicht in ihrer Nummer 6 einen interessanten Aufsatz über die Gründe des dauernden Steigens des Silberpreises. Es wird darauf hingewiesen, daß die Silberpreiserhöhung eigentlich nicht so ungeheuer ist, wie es auf den ersten Blick den Anschein hat, da auch der Niedergang der Markwertung im deutschen Silberpreis zum Ausdruck kommt. Immerhin ist aber auch der Weltmarktpreis nach der Londoner Notierung um das Drei- bis Vierfache gestiegen und das Wertverhältnis zum Gold steht heute etwa wie 1 : 15 gegen etwa 1 : 34 vor Kriegsausbruch. Zu den Gründen, die hauptsächlich die Höherbewertung des Silbers veranlaßt haben, sind die außerordentlichen Ansprüche zu nennen, die in ganz besonderem Maße China und Indien an den Silbermarkt stellen. In Indien liegt der Schlüssel zu den Rätseln des Silbermarktes; denn dort sammelt schon seit Jahrhunderten der kleine Mann seine Ersparnisse in Silberrupien. Wie eine ungeheuere Saugpumpe zieht das Land eine Masse von Silber und Gold in sich. China dagegen sucht jede erreichbare Menge Silber an sich zu ziehen, um seiner vollkommen zerrütteten Papierwährung wieder einen Halt zu geben.

Zu beziehen durch die
Goethe-Buchhandlung Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 63. Fernruf 4520.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Vereinigte Königs- und Laurahütte Akt.-Ges. für Bergbau und Hüttenbetrieb in Berlin.

Die außerordentliche Generalversammlung hatte sich mit dem Antrage der Verwaltung auf Erhöhung des Grundkapitals um 18 auf 54 Mill. Mark zu beschäftigen. Die neuen Aktien, die vom 1. Januar 1920 ab an der Dividende teilnehmen, also für das Geschäftsjahr 1919/20 die Hälfte der auf die alten Aktien entfallenden Dividende erhalten, werden von einem Konsortium zu 130 Prozent übernommen mit der Verpflichtung, sie zu demselben Kurse den Besitzern alter Aktien zum Bezuge anzubieten, so daß auf je 2400 Mark alte Aktien eine neue zu 1200 Mark entfällt.

Zur Begründung führte der Vorsitzende Dr. v. Schwabach aus, daß die Gründe für die Notwendigkeit der Kapitalserhöhung in den allgemeinen Verhältnissen liegen und nicht so sehr durch die gestiegenen Personalausgaben als vielmehr durch die unglaublichen Preiserhöhungen aller Materialien bedingt werde, die die Gesellschaft kaufen müsse. Generaldirektor Geh. Bergrat Hilger illustrierte die Ausführungen des Vorsitzenden noch durch einige Zahlen. **Er betonte, daß die Kapitalsdecke der Gesellschaft zu klein geworden sei bei einem Umschlag von 400 Millionen gegen nur 70—80 in der Vorkriegszeit und 150 Millionen Mark im letzten Geschäftsjahre.** Die Versammlung nahm alsdann noch Gelegenheit, sich über die Lage der Montanindustrie im allgemeinen sowie über die in Oberschlesien und über die der Gesellschaft selbst im besonderen auszusprechen. Er wies darauf hin, daß die Verwaltung Oberschlesiens an die Entente übergegangen und damit die Frage akut geworden ist, was aus der oberschlesischen Kohle wird. Nach den Bestimmungen des Friedensvertrages gehören sie Deutschland, und es bleibt zu hoffen, daß sich die Entente darauf beschränken wird, einen großzügigen Verteilungsplan für die Kohle aufzustellen. Im übrigen aber es beim alten zu lassen. Der Betrieb auf der Grube ist im allgemeinen ohne Störung verlaufen und die Arbeiterverhältnisse haben sich gebessert. Die Förderung hat sich allmählich gebessert, die Friedensförderung betrug 12 000 Tons pro Monat, sie sank auf 4000 Tons im Januar 1919, stieg dann auf 8000 Tons im Dezember 1919 und nähert sich jetzt der Zahl 9000. Die Frage der Sechsstundenschicht komme für Oberschlesien wohl kaum in Betracht, da die Entente sich mit ihrer Einführung niemals einverstanden erklären wird. Im übrigen möchte er darauf hinweisen, daß die Einführung der Sechsstundenschicht eine Reduktion der Kohlenproduktion um 40 Mill. Tons zur Folge haben würde. Die Lage der Hüttenwerke der Gesellschaft ist gut, sie können der Nachfrage nicht genügen und sind auf lange Zeit ausverkauft. Auch ihre Erzversorgung ist sehr günstig, sie reichen mit ihren vorhandenen Vorräten bis weit in den Herbst hinein, auch ihre Koksversorgung ist ausreichend, nachdem ein Hochofen wegen technischer und Transportschwierigkeiten hat eingestellt werden müssen. An Aufträgen mangelt es nicht, vielmehr erreichen diese bisher unbekannte Ziffern. Sie betragen 262 Millionen Mark.

Preise für Heringe.

Die Salzherings-Einfuhr-Gesellschaft mit beschränkter Haftung teilt folgende Preisliste (VI.) mit: Norweger: 1918er Sloeheringe 650 M, 1918er Vaarheringe 580 M, 1917er Norweger Hering 425 M, 1918er Fetthering größere 825 M, 1918er Fetthering mittlere 750 M, 1918er Fetthering kleinere 650 M. Schotten: largefulls und fulls 1260 M, matfulls 1190 M, matties 1120 M, largespents und spents 940 M. Die Preise verstehen sich für 1/1 Faß ab Lager Seeplatz einschließlich Gebinde und netto Kasse. Schotten in halben Fässern 20 M, für ⅔ Fässer Aufschlag. Diese Preisliste tritt am 19. Februar 1920 morgens in Kraft. Hierzu erläßt die eingangs genannte Gesellschaft folgende Erklärung:

„Wir sind wiederum gezwungen, die Preise heraufzusetzen, und zwar handelt es sich diesmal um eine so bedeutende Erhöhung, daß eine Erklärung zweckmäßig erscheint. Seit vielen Monaten erhält der Verbraucher die Heringe zu Preisen, deren Berechnung ein wesentlich geringerer als der jeweilige Tageskurs der Mark zugrunde liegt. Dies wird dadurch ermöglicht, daß die Einkäufe auf langfristige Kredite abgeschlossen wurden und auf eine Besserung der Markkurse bis zur endgültigen Abrechnung der Geschäfte gehofft werden kann. Es gelang den Bemühungen der Reichsfischversorgung, etwa Mitte November die Genehmigung des Finanzministeriums zur Anwendung eines Umrechnungskurses zu gewinnen, welcher ganz beträchtlich unter dem Tageskurs blieb. Hierauf basierte unsere Preisliste Nr. 4 vom 17. November, welche trotz weiteren, katastrophalen Sinkens der Mark bis heute grundlegend blieb und durch unsere Preisliste Nr. 5 vom 10. Januar lediglich eine verhältnismäßig geringfügige Berichtigung erfahren mußte. Es erweist sich indessen als unmöglich, die bisherigen Preise länger aufrecht zu erhalten. Immerhin ist es wiederum gelungen, die ministerielle Zustimmung zu einer für den Verbraucher günstigen Umrechnungsbasis einzuholen, so daß trotz der heutigen bedeutenden Preiserhöhung der Konsument die Heringe weit billiger erhält, als es der tatsächliche Kursstand erfordern würde."

Devisenkurse.

Berlin, 19. Februar.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

	Heute Geld	Heute Brief	Gestern Geld	Gestern Brief
Amsterdam Rotterdam	3671,[illegible]0	3679,00	3716,00	3724,00
Brüssel-Antwerpen	716,75	718,25	717,25	720,75
Christiania	17[illegible]8,25	1711,75	1718,25	1721,75
Kopenhagen	1458,50	1461,50	1454,25	1461,75
Stockholm	1828,00	1838,[illegible]0	1853,00	18[illegible]7,00
Helsingfors	384,60	38[illegible],4[illegible]	397,1[illegible]	397,90
Italien	537,00	538,00	539,50	540,50
London	334,65	335,3[illegible]	335,9[illegible]	336,60
New York	99,40	99,60	10[illegible],40	100,60
Paris	692,30	693,70	696,8[illegible]	698,20
Schweiz	1576,00	1577,0[illegible]	1613,25	1616,75
Spanien	1678,25	1681,75	1693,25	1696,75
Wien (altes)	39,20	39,29	39,96	40,04
(Deutsch-Oest. abgest.)	35,71	35,79	3[illegible],96	36,[illegible]4
Prag	1[illegible],90	101,10	10[illegible],9[illegible]	101,10
Budapest	35,96	36,04	35,96	36,04
Bulgarien	—	—	—	—
Konstantinopel	—	—	—	—

Produktenbericht.

Berlin, 19. Februar. Am Produktenmarkt behielt Hafer infolge vermehrter Kaufaufträge seine Festigkeit. Begehr zeigte sich namentlich seitens der westlichen Gebiete. Gute Erbsen sind nach wie vor stark gefragt und die hohen Preisforderungen wurden bewilligt. Auch Ackerbohnen und Peluschken waren gefragt. Von letzteren fanden Angebote geringen Materials keine Beachtung. Lupinen waren gut behauptet. Serradella hatte ruhiges Geschäft. Die Nachfrage nach Heu und Stroh zeigt sich rege. Die Preise in Schnitzeln erfuhren keine Aenderung. Sämereien neigten zur Abschwächung.

Berlin, 19 Februar. Amtliche Notizen. Preise für 1000 Kg. in Mark: Inländischer Hafer loko ab Speicher frei Wagen —, loko ab Bahn 4580—4600, sofortige Abladung ab Abladestationen 4640. Tendenz schwächer.

Braunschweig-Hannoversche Hypothekenbank. Der Aufsichtsrat beschloß, der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 8½ Prozent (wie i. V.) vorzuschlagen.

Die staatliche Genehmigung zur Errichtung von Aktiengesellschaften, die nach der Verordnung vom 2. November 1917 für alle Neugründungen notwendig war, die mit mehr als 300 000 Mark Kapital arbeiteten, ist jetzt durch eine neue Verordnung, die vom 12. d. M. an rückwirkend ist, erheblich eingeschränkt worden. Die Genehmigung darf fortan nur noch versagt werden, wenn außer Zweifel steht, daß die beabsichtigte Maßnahme gegen den Zweck der oben erwähnten Verordnung, während der Zeit der Uebergangswirtschaft volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigte Ansprüche von dem Kapitalmarkt fernzuhalten, verstoßen würde.

Hallesche Röhrenwerke A.-G. Auf der Tagesordnung der zum 11. März einberufenen ordentlichen Generalversammlung steht auch der Antrag auf Erhöhung des Aktienkapitals um 600 000 Mark auf 1,7 Mill. Mark unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre.

Rud. Ley, Maschinenfabrik A.-G. in Arnstadt. Eine auf den 13. März einberufene außerordentliche Generalversammlung soll über die Umwandlung der Gesellschaft in eine andere Gesellschaftsform Beschluß fassen. Das Kapital der Gesellschaft beträgt 1,4 Mill. Mark.

Mehrleistung seit Wiedereinführung der Akkordarbeit. Im Bericht der Metallwerke A.-G. vorm. Luckau Steffen in Hamburg wird ausgeführt, daß die Verkürzung der Arbeitszeit und der Rückgang der Arbeitsleistungen das Ergebnis stark beeinflußt hätten. Die Umstellung auf die Friedenswirtschaft sei ohne Schwierigkeiten durchgeführt worden, günstig eingekaufte Rohstoffe ließen sich vorteilhaft verwerten. Eine Aeußerung über die weitere Geschäftsentwicklung erscheine anläßlich der politischen Lage nicht angebracht, doch habe sich die Arbeitsleistung seit Wiedereinführung der Akkordarbeit merklich gehoben, auch lägen Aufträge reichlich vor. Der Fabrikationsgewinn beträgt 1,19 (1,25) Mill. Mk., Handlungsunkosten erforderten 628 272 (681 401) Mark, Abschreibungen 242 337 (197 376) Mk. Aus einem Reingewinn von 318 973 (405 837) Mk. wird, wie bereits gemeldet, eine Dividende von 15 Prozent in Vorschlag gebracht.

F. Dippe, Maschinenfabrik, Akt.-Ges. in Schladen. Der Reingewinn im letzten Geschäftsjahr betrug 207 275 (i. V. 178 682) Mark nach 466 164 (310 791) Mark Unkosten und 67 178 (69 015) Mk. Abschreibungen. Auf neue Rechnung sollen 24 608 (34 793) Mk. vorgetragen werden. Der Generalversammlung wird eine Dividende von 15 (i. V. 12) Proz. vorgeschlagen werden. Die Bilanz weist 535 788 Mk. Bankguthaben bei 1 050 000 Mk. Aktienkapital aus.

Das Deutsche Abflußrohrsyndikat erhöhte die Verkaufspreise um 1060 auf 4400 Mark pro Tonne.

Die Verkaufsstelle für gewalzte und gepreßte Bleifabrikate erhöhte die Verkaufspreise um 100 auf 1900 Mark pro Doppelzentner.

Beratungen über die Braunkohlenpreise. Die „D. Allg. Ztg." schreibt: Wie bekannt wird, hat der Reichskohlenverband über die Frage der weiteren Erhöhung der Braunkohlenpreise beraten. Ein Ergebnis scheinen die nicht weitergeführten Verhandlungen nicht gehabt zu haben, da über eine Preiserhöhung nichts bekannt geworden ist.

Errichtung einer Deutschen Kohlenkommission in Essen. Zur Ausführung des Gesetzes über den Friedensschluß zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten vom 16. Juli 1919 (Reichs-Gesetzbl. S. 687) wird laut Bekanntmachung im gestrigen „Reichsanzeiger" von der Reichsregierung folgendes verordnet: Für die Durchführung der von Deutschland auf Grund des Friedensvertrags zu bewirkenden Lieferungen von Kohlen und Kohlennebenprodukten wird beim Reichsministerium für Wiederaufbau und unter dessen Aufsicht eine besondere Stelle mit der Bezeichnung Deutsche Kohlenkommission in Essen errichtet. Von den beteiligten Reichsministerien können mit Zustimmung des Reichsministers für Wiederaufbau Beisitzer bei der Kommission bestellt werden. Den Beisitzern steht nur beratende Stimme zu. Die Vertretung der Kommission nach außen erfolgt durch den Vorsitzenden, im Falle seiner Behinderung durch den ständigen Vertreter. Die Kommission kann an anderen Orten Dienststellen errichten.

Steigerung der Ausfuhrpreise für böhmische Braunkohlen. Die böhmischen Braunkohlengruben erhöhten die Exportpreise um 250—400 Mark pro Waggon.

Ilse Bergbau A.-G. in Grube Ilse N.-L. Die Hauptversammlung beschloß die Erhöhung des Aktienkapitals um 22½ Mill. auf 45 Mill. Mark durch Ausgabe von 15 Mill. Mark Stammaktien und 7½ Mill. Mark 6proz. Vorzugsaktien. Die Stammaktien werden von einer Gruppe zu 110 Proz. und die Vorzugsaktien zu 100 Proz. übernommen und den Aktionären zu den gleichen Kursen im Verhältnis von 1 zu 1 zum Bezuge angeboten. Die Kapitalerhöhung dient zur Erhöhung des Betriebskapitals, ferner für die volle Wiederinstandsetzung der Werke zur Leistungsfähigkeit des Friedens, die außerordentlich große Summen in Anspruch nimmt. Die hierfür früher aufgestellten Ziffern sind durch die Ereignisse wieder überholt: jedenfalls gehen die Kosten über den Gesamtbetrag der beschlossenen Kapitalerhöhung hinaus. Die Aufwendungen verteilen sich auf mehrere Jahre. Endlich dienen die neuen Mittel zur Vollendung des Werkes Erika, die je nach der Möglichkeit der Verhältnisse erfolgen soll. Es wurde noch mitgeteilt, daß die vor einigen Monaten abgegebene Dividendenschätzung von 10 Prozent für 1919 aufrecht erhalten bleibt. Auf die neuen Aktien sind 25 Proz. und das Aufgeld sofort zahlbar, der Rest wird bis zum 30. April eingezogen werden.

Die Versorgung der Zementwerke mit Kohlen. Der Reichskohlenkommissar hat nach längeren Verhandlungen jetzt in eine bessere Kohlenversorgung der Zementwerke mit rückwirkender Kraft vom 1. Februar ab eingewilligt. In bezug auf die Kohlenversorgung wird die Zementindustrie jetzt in Klasse I unter die lebenswichtigen Betriebe eingereiht.

Portland-Zementfabrik vorm. A. Giesel in Oppeln. Die Verwaltung bringt für 1919 eine Dividende von 12 Proz. (wie i. V.) in Vorschlag. Im Vorjahre gelangte außerdem ein Bonus von 5 Prozent aus der Kriegsrückstellung zur Verteilung.

Magdeburger Hagel-Versicherungs-Gesellschaft. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 12½ Prozent gegen 19 im Vorjahre fest. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß der niedrige Dividendenvorschlag trotz des günstigen Abschlusses notwendig sei. Es müßten große Reserven geschaffen werden, da bei Schadensregulierungen die ungeheure Preissteigerung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse in Rechnung zu stellen sei. Wobei noch nicht feststeht, ob die erhöhten Prämien allein ausreichen werden.

Zur Lage der Flaschenindustrie wird aus Fachkreisen geschrieben: „Die deutsche Flaschenindustrie ist noch mehr als die Porzellanindustrie in der Lage, ihren Rohstoffbedarf aus dem Inlande zu entnehmen. Sie hat lediglich für goldgelbe und braune Flaschen, die heute nicht mehr hergestellt werden, Braunstein aus dem Auslande bezogen, so daß heute nur inländische Rohstoffe in Frage kommen. Der Mangel an den bewirtschafteten Rohstoffen (Kohle, Soda, Sulfat) hat aber dazu geführt, daß die Industrie 1919 noch nicht 30 Prozent ihres Friedensprogramms abarbeiten konnte. Selbst die vorhandenen menschlichen Arbeitskräfte vermögen nicht ausgenützt zu werden, müssen vielmehr unter entsprechender Verteuerung der Gestehungskosten durchgehalten werden und die Maschinen stehen in der großen Ueberzahl ungenützt. In Rücksicht auf den einzelnen Unternehmer wirken die Verhältnisse verschieden, insofern eine Vielheit von Fabriken vollständig, andere mit einer Mehrzahl ihrer Oefen zum Erliegen gekommen sind. Das in sie gesteckte Kapital findet vielfach nicht nur keine Verzinsung, sondern der Verschleiß der Einrichtungen schreitet rapide vorwärts. Würde die Industrie voll arbeiten und die Exportmöglichkeiten wahrnehmen können, so würden sich nicht nur die Preise für die im Inland bleibenden Flaschen wesentlich ermäßigen, sondern auch erhebliche Devisenbeträge erzielen lassen."

Verschmelzung bayerischer Bindfadenfabriken. Die Mechanische Seilerwarenfabrik Füßen und die Mechanische Bindfadenfabrik Immenstadt beabsichtigen die Verschmelzung. Zu diesem Zweck gibt die Seilerwarenfabrik Füßen 2 600 000 Mk. neue Aktien aus zum Umtausch gegen 1 400 000 Mk. Aktien von Immenstadt, nimmt dann aber eine weitere Erhöhung um 2 Millionen Mark vor, so daß sich das Grundkapital auf 10 Millionen Mark erhöht. Die Firma der Seilerwarenfabrik Füßen soll geändert und der Gegenstand des Unternehmens erweitert werden.

Rheinische Gummi- und Zelluloid-Fabrik Aktiengesellschaft, Mannheim-Neckarau. Das Unternehmen ist Gesellschafterin geworden bei der neu gegründeten Kunstseidefabrik Schwetzingen G. m. b. H. in Schwetzingen, in die es die ihm gehörige Kunstseidefabrik in Schwetzingen mit den dazu gehörigen Grundstücken samt Gebäuden und Maschinen gegen eine Vergütung von 650 000 Mk. eingebracht hat. Das Stammkapital der G. m. b. H. beträgt 300 000 Mk.

Weitere starke Preiserhöhung für Baumwollgarne und Baumwollgewebe. An der Stuttgarter Industrie- und Handelsbörse wurden Baumwollgarne um 15 bis 20 Mark das Kilo, Baumwollgewebe um 1 Mark bis 3½ Mark das Meter höher notiert als an der letzten Börse. Die nächste Börse findet am 3. März statt.

Schiffswerft Gebrüder Sachsenberg A.-G. in Roßlau-Dessau. Das Unternehmen arbeitete wieder verlustreich. Das Defizit überschreitet eine Viertelmillion Mark.

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Helms; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Feuilleton und Unterhaltungsbeilage: Martin Feuchtwanger; für Vermischtes, Sport usw.: Dr. Karl Bür; für den Anzeigenteil: Otto Bieler. Verlag: Saale-Zeitung, G. m. b. H., Halle. Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200220011/fragment/page=0004